



Quelle: Claus Bach, 2008

DIETER ALTHAUS

DAS EHEMALIGE STASI-GEFÄNGNIS IN DER ERFURTER ANDREASSTRASSE

20 Jahre ist die Friedliche Revolution her – eine Zeit des historischen Umbruchs und Aufbruchs, an die wir in diesem Jahr erinnern. Wie auf einer Perlenkette reihen sich die Ereignisse dicht an dicht im Herbst 1989. Neben dem 9. November, der Nacht der Maueröffnung, ragt ein weiteres Ereignis heraus: die Stürmung der Stasi-Zentrale in der Erfurter Andreasstraße am 4. Dezember 1989, die erste Besetzung einer Stasi-Zentrale überhaupt in der DDR.

„STASI IN DIE PRODUKTION“

Das ehemalige Untersuchungsgefängnis und die Erfurter Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit waren ein zusammenhängender Gebäudekomplex, mitten in der Erfurter Innenstadt, nur wenige Schritte vom Domplatz entfernt. Der Bau wirkte furchteinflößend und die meisten Menschen gingen lieber auf der anderen Straßenseite daran vorbei. Die Stasi als „Schild und Schwert der Partei“ stand jahrzehntelang als Symbol der Unterdrückung durch das diktatorische SED-Regime. Und die abgeschotteten Gebäude waren Zeichen der Willkür eines perfiden Bespitzelungsapparates und Ort brutaler politischer Strafjustiz.

Aus gutem Grund richteten sich die Demonstrationen im Herbst 1989 von Anfang an auch gegen das Ministerium für Staatssicherheit. Der erboste Ruf „Stasi in die Produktion“ wurde eine zentrale Forderung der Friedlichen Revolution. Die Wut der Menschen auf dieses Unrechtsorgan war enorm – in der ganzen DDR. Erstaunlicherweise führte der Zorn jedoch nicht dazu, dass Bürgerinnen und Bürger Akten und Einrichtungen des MfS zerstörten. Im Gegenteil: Erst die

Beunruhigung darüber, dass plötzlich allenthalben Rauchsäulen von verbrennendem Papier und Lastwagen voller Papierschnipsel zu beobachten waren, brachte die Menschen dazu, die Stasi-Zentralen zu stürmen – zuerst in Erfurt.

Als sich die Anzeichen für eine Vernichtung der Akten in der Stasi-Bezirkszentrale an der Andreasstraße mehrten, fassten sich mutige Erfurter Bürgerinnen und Bürger ein Herz, allen voran die „Frauen für Veränderung“. Gemeinsam mit Oppositionellen, Kirchenvertretern, Betriebsbelegschaften und Angestellten, die sich angeschlossen hatten, besetzten sie in den Morgenstunden das Gebäude der Staatssicherheit. Ein herbeigerufener Militärstaatsanwalt versiegelte die Archivräume und vor dem Gebäude wachten Bürgerinnen und Bürger darüber, wer ein und aus ging. Ein Bürgerkomitee wurde gebildet und die Einrichtung einer Untersuchungskommission beschlossen. Eine mutige Tat! Denn keiner von den Beteiligten, die die Stasi-Zentrale besetzten und mit friedlichen Mitteln die Vernichtung der Akten stoppen wollten, konnte wissen, ob sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht mit Gewalt zur Wehr setzen würden. Die Nachricht von der Besetzung der Erfurter Stasi-Zentrale verbreitete sich wie ein Lauffeuer, sie wurde zum Signal für eine Besetzungswelle, die über das ganze Land ging und etliche Tage andauerte.

UNSERE VERANTWORTUNG GEGENÜBER DEN OPFERN DES REGIMES

Die Besetzungen förderten ein Bspitzelungssystem ungeahnten Ausmaßes zu Tage. Erstmals wurde deutlich, in welchem Umfang die Stasi beschattet und verleumdet hatte: In Erfurt reichten sich die Akten auf über fünf Kilometer, allein die Beobachtungs- und Verfolgungsakten umfassten rund vier Millionen Blatt Papier. Dank der mutigen Besetzer konnte ein Großteil dieser wertvollen Nachweise und Dokumente für die Aufarbeitung der SED-Diktatur gesichert werden. Gott sei Dank haben sich nach der Wiedervereinigung diejenigen durchgesetzt, die verhindern wollten, dass die Machenschaften der Stasi unter den Teppich gekehrt werden. Die Opfer des SED-Regimes nehmen uns in eine gemeinsame Verantwortung: Wir müssen alles tun, damit sie Gerechtigkeit erfahren, auch wenn sich Unrecht selten wiedergutmachen lässt. Und dazu gehört auch, dass wir dafür sorgen, die Wahrheit, das ganze Ausmaß des Unrechts, ans Licht zu bringen. Ein geschichtliches Fundament, das aus Unklarheiten,

Lügen und Uneinsichtigkeit besteht, kann keine tragfähige Grundlage für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft sein. Das sollten wir bedenken, wenn wir den künftigen Umgang mit den Stasi-Akten diskutieren.



Gedenktafel für ehemalige Häftlinge
Quelle: Andrea Herz

Die Friedliche Revolution – und die Besetzung der Stasi-Zentralen als wichtige Stationen dieser Entwicklung – hat der Freiheit und den Menschenrechten wieder Geltung verschafft. Wir leben seit 20 Jahren in einem friedlichen, freien und geeinten Deutschland. Das verpflichtet uns, dafür zu sorgen, dass der Wert von Freiheit und Menschenrechten nicht in Vergessenheit gerät oder beiseitegeschoben wird. Die Erfahrungen der Diktatur sollen dem Schutz der Freiheit aller Deutschen nützen. In diesem Sinne müssen wir die Erinnerung an die Drangsalierung und Kontrolle bis in den hintersten Winkel des Privatlebens, an die Unterdrückung und Bspitzelung eines ganzen Volkes wachhalten. Der Politikwissenschaftler Alfred Grosser hat einmal von Orten gesprochen, die „die Gegenwart der Vergangenheit“ deutlich machen. Wir brauchen authentische Orte wie das Stasi-Gefängnis in der Erfurter Andreasstraße – sie sind Bezugspunkte unserer Geschichte und eine Form des Erinnerns.

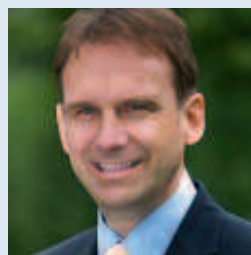
GEGEN DAS VERGESSEN

Es ist dem ehrenamtlichen bürgerschaftlichen und nachhaltigen Engagement ehemaliger Häftlinge des Erfurter Stasi-Gefängnisses und politisch interessierter Bürger zu verdanken, dass einige Zellen im Original erhalten sind und einen bedrückenden Einblick in die Haftbedingungen und die Foltermethoden der Stasi geben. Wer einmal eine dieser Zellen betreten

hat, ahnt die Brutalität und die Grausamkeit, mit der Oppositionelle, Ausreisewillige, Kirchenvertreter und Andersdenkende gequält worden sind.

Mit der wiedergewonnenen Freiheit 1989 bildeten sich unmittelbar Initiativen gegen die Verdrängung, die Verharmlosung und das Vergessen der SED-Diktatur. So begann ein Bürgerkomitee in der Erfurter Andreasstraße noch im Dezember 1989, die Dokumente zu sichern. Seit Ende der 1990er Jahre gibt es in Erfurt eine organisierte Zeitzeugenarbeit. Mit Vorträgen, Diskussionen und Führungen durch das ehemalige Gefängnis machen engagierte Bürger anschaulich: Die DDR war ein menschenverachtender Unrechtsstaat und kein Sozialparadies!

Zurzeit werden – verständlicherweise sehr emotionale – Diskussionen über die künftige Nutzung des Stasi-Gefängnisses geführt. Unabhängig davon, auf welches Konzept sich die Beteiligten letztlich einigen, entscheidend ist, die Andreasstraße gleichermaßen als Gedenk-, Erinnerungs- und Lernort zu nutzen. Das Erfurter Stasi-Gefängnis und die 1989 DDR-weit zuerst besetzte Stasi-Zentrale sind ein Ort der Unterdrückung und der Freiheit – das muss vor allem nachwachsenden Generationen im Gedächtnis bleiben.



DIETER ALTHAUS

*geb. 1958, war von 2003
bis 2009 Ministerpräsident
des Freistaates Thüringen.*

ERFURT